

II-1252 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6299 1J

1994-03-17

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Lukesch, Dr. Lackner, Dr. Keimel, Regina Heiß und Kollegen  
an den Bundesminister für Justiz  
betreffend "Lauschangriff"

Ein Journalist der wöchentlich erscheinenden Postille der FPÖ hat anlässlich eines Pressegespräches des Tiroler Landeshauptmannes nicht nur dessen Aussagen, sondern auch jene - im Vorfeld der Pressekonferenz geäußerten - vertraulichen Gespräche der anwesenden Journalisten aufgezeichnet und an den Generalsekretär der FPÖ weitergegeben, der seinerseits wiederum öffentlich aus diesen Protokollen zitiert bzw. angekündigt hat, daraus öffentlich zu zitieren.

Mit dem Strafgesetzbuch 1975 hat sich der Gesetzgeber zwar zur grundsätzlichen Schutzwürdigkeit der Privatsphäre bekannt, schon länger bestehende Forderungen - z.B. des Linzer Strafrechtsprofessors Dr. Diethelm Kienapfel - nach einem umfassenderen Schutz (insbesondere vor Indiskretionen) hatten bisher im Gesetz aber keine Berücksichtigung gefunden.

Um Vorsorge gegen solche eingangs erwähnten stasi-ähnlichen Methoden zu treffen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz nachstehende

- 2 -

**A n f r a g e :**

- 1) Welchen straf- und privatrechtlichen Schutz gewährt die Österreichische Rechtsordnung der Privatsphäre und der Persönlichkeit des einzelnen?
- 2) Ist geplant, diesen Schutz weiter auszubauen?
- 3) Wenn ja, welche Reformschritte sind geplant?
- 4) Wie beurteilen Sie das dargestellte Verhalten unter dem Gesichtspunkt des § 120 StGB, und zwar sowohl hinsichtlich des Mitarbeiters der FP-Postille wie auch des FP-Generalsekretärs?
- 5) Sind in diesem Zusammenhang bereits Privatanklagen erhoben worden; wenn ja, gegen wen?